

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846-48 ppbn d



Inhalt

Helmut Rohde MdB erwartet von künftigen Tarifausschließungen eine Schwerpunktverlagerung zugunsten der Humanisierung am Arbeitsplatz.

Seite 1/2

Axel Werritz MdB nimmt zur geplanten BKA-Gesetzesnovelle Stellung.

Seite 3/4

Helmut Möring MdB weist die DDR-Kritik an der Berlin-Präsenz des Bundes zurück.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 74

18. April 1978

Arbeitnehmer verändern die Tagesordnung

Bilanz nach den Tarifausschließungen 1978

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Sturzbäche statistischer Daten und technokratischer Einzelheiten ließen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft jahrelang über die innenpolitische Landschaft der Bundesrepublik hinwegrauschen. Der Lieblingsschläger herkömmlicher Nationalökonomie - "Heil Dir dem Datenkranz" - beherrschte Sachverständigengutachten, Jahreswirtschaftsberichte und Institutsanalysen. Mit intensiver Anteilnahme wurde rund um die Jahreszeiten Wachstums-Roulette gespielt. Ob 2,5, 3 oder 4 Prozent mehr Wachstum - das faszinierte die Akteure und engte gleichzeitig die öffentliche Diskussion ein.

Was aus den Arbeitsbedingungen wird, wie in der Phase von Rezession, verstärkter Rationalisierung und strukturellem Wandel sich Arbeitsplätze, Arbeitsinhalte und Arbeitsorganisation entwickeln, wurde vom gutachterlichen Eifer fast gar nicht, höchstens am Rande oder in Minderheitsstellungen wahrgenommen. Die Humanisierung des Arbeitslebens, Anfang der 70er Jahre ein belebendes Thema der Gesellschaftspolitik, hatte im Datenkranz der Rezessionsrechner kaum mehr Platz und geriet unter den Druck des betrieblichen Alltags. Wer gegen diesen Trend anging, setzte sich dem Verdacht aus, eher sozialer Sentimentalität nachzuhängen als auf der Höhe der "harten Tatsachen" zu sein. Als solche galten Zahlen mehr als soziale Verhältnisse und Ziele.

Die Kreislaufrechner waren von sich und ihrem Datenkranz so überzeugt, daß sie gar nicht gemerkt haben, wie sich außerhalb ihres eingeübten Koordinatensystems soziale Bewegungen neu formierten. Sie brachen in den Tarifverhandlungen des Jahres 1978 auf, in denen Arbeitnehmer die soziale Frage nach den Auswirkungen neuer Technologien und Produktionsweisen

auf ihre Arbeit stellten. Die Erfahrung mit der "herkömmlichen Schule" der Wirtschaftspolitik, daß zumeist das am wichtigsten wird, womit sie am wenigsten gerechnet hat, bestätigte sich in diesem Frühjahr.

Indem die Arbeitnehmer ihre grundlegende Frage nach der Arbeit bei geringerem Wachstum und verstärkter Rationalisierung auf die Tagesordnung gesetzt haben, veränderten sie das innenpolitische Diskussionsfeld. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß die immer wieder beschworene Gleichung - niedrige Löhne=hohe Investitionen=hohe Wachstumsraten=hoher Beschäftigungsstand - in dieser simplen Weise nicht funktioniert. Der Binnenmarkt, zu dem die Strukturveränderungen in der Nachfrage ebenso wie die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Rationalisierungen gehören, spiegelt das ebenso wider wie die außenwirtschaftlichen Tendenzen. Nur die traditionellen Formeln zu beschwören und die soziale Frage der Arbeitnehmer nach der Zukunft der Arbeit auszusparen, erweist sich als ein nicht ausreichendes Konzept.

Dies ist eines der weiterreichenden Ergebnisse der Tarifverhandlungen dieses Frühjahrs: Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft können nicht mehr so weiter gutachten wie bisher. Wer in sein Koordinatensystem die Arbeitsverhältnisse und die Beschäftigungspolitik nicht voll aufnimmt und meint, persönliche Arbeitsbedingungen und globale Arbeitsmarktperspektiven seien im Grunde nur abgeleitete Faktoren einer rechenhaften Wachstumsphilosophie, dem haben die Arbeitnehmer in diesem Jahr die Grenzen seiner Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit gezeigt.

Die Arbeitnehmer haben sich ihrer eigenen Sache angenommen. Die künftigen Tarifverhandlungen werden mehr noch als 1978 von der Gestaltung der Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sein. Daran läßt sich nicht mehr "vorbeigutachten". Arbeitszeit zu verkürzen, die innerbetriebliche Arbeitsorganisation weiter zu entwickeln, Personalplanung ernstzunehmen, die sozialen Konsequenzen neuer Technologien voll in die Forschung zu integrieren und nicht als Sondergutachten nebenherlaufen zu lassen, der Ausbau des innerbetrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die Abkehr von restriktiver Weiterbildungspolitik - dies werden künftig wichtige Themen sein. Zahlen ohne soziale Inhalte und Ziele und jenseits der konkreten Erfahrungen der Arbeitswelt haben die Tendenz, zunehmend fader zu werden. Auch die Konzertierte Aktion in bisheriger Manier, bei der sich der Teilnehmerkreis immer mehr erweitert, aber der Themenkreis zunehmend auf das traditionelle Datengerüst verengt hat, ist zur selbstkritischen Prüfung herausgefordert.

Die letzten Wochen zeigen, was nach den Tarifaueinandersetzungen 1978 in Bewegung gekommen ist: Die Beziehung von Arbeit und neuen technischen Entwicklungen wurde ein herausragendes Thema in den Medien, die Bundesregierung beauftragte mehrere Kabinettsmitglieder, den Einfluß der Mikro-Elektronik auf Konjunktur und Beschäftigung untersuchen zu lassen, und im öffentlichen Bewußtsein schärfte sich der Blick dafür, daß sich diese soziale Frage unserer Zeit nicht aussperren läßt. (-/18.4.1978/bgy/lo)

Vorgeplänkel der Opposition zur BKA-Gesetzesnovelle

Eine kritische Wertung der Sicherheitsvorschläge der CDU/CSU

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit ihren "Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes" stellt sich nun auch die CDU/CSU-Opposition auf die bevorstehende Novellierung des Gesetzes über das Bundeskriminalamt (BKA) ein. Daß die Union bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihre eigenen Aktivitäten im Bereich der inneren Sicherheit in Vergangenheit und Gegenwart selbst verherrlicht, soll hier nicht näher kommentiert werden, weil dies zum sattnam bekannten Ritual der Selbstbeweihräucherung gehört.

Soweit konkrete Vorschläge unterbreitet wurden, ist es selbstverständlich, daß sie in die einschlägige Diskussion einbezogen werden. So richtig einerseits die Feststellung ist, daß kontinuierliche Arbeit nach eingeübten Bedingungen für die Polizei Voraussetzung für erfolgreiche Tätigkeit ist, so notwendig ist andererseits auch die Bereitschaft aller Verantwortlichen zu prüfen, ob gegebene gesetzliche oder andere Regelungen die optimale Auftragserfüllung für die Sicherheitsbehörden garantieren.

Bei der anstehenden Novellierung des BKA-Gesetzes wird selbstverständlich aufgrund der Erfahrungen der zurückliegenden Zeit nüchtern und objektiv zu prüfen sein, ob und welche Kompetenzprobleme für das BKA und die Landeskriminalämter aufgetreten sind. Diese Fragen lassen sich aber nur im Geiste pragmatischer Kooperationsbereitschaft von allen Verantwortlichen in Bund und Ländern, in Exekutive und Legislative lösen.

Mit ihrem Vorschlag, das BKA mit den Ermittlungen bei Straftaten zu beauftragen, die länderübergreifenden Charakter haben und in denen die Belange des Bundes in besonderem Maße berührt sind, greift die Opposition einen Vorschlag auf, der bereits in den Arbeiten zur BKA-Gesetzesnovellierung seinen Niederschlag gefunden hat. Ähnliches gilt für Überlegungen, das Tätigwerden des BKA im Bereich der Strafverfolgung an die Zustimmung des Bundesinnenministeriums zu binden. Dies alles bedarf jedoch noch einer sorgfältigen Detailprüfung, insbesondere auch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen. Es wäre aber höchst bedenklich, wenn diese notwendigen Erörterungen mit dem Versuch einer roll-back-Politik gegen das BKA verquickt würden. Damit würde letztlich nicht den Länderinteressen gedient sein, dafür aber den Bemühungen um opti-

male Stärkung der Sicherheitsorgane bei der Bekämpfung der Gewaltkriminalität ein böser Schlag versetzt.

Auch die Opposition bestreitet nicht, daß BKA-Präsident Horst Herold Verdienste beim Auf- und Ausbau des polizeilichen Nachrichtenwesens und der Datenverarbeitung im BKA hat. Ebensovienig kann die Opposition die erheblichen Personalverstärkungen im BKA bestreiten, mit denen Weichen zur besseren Bewältigung der anstehenden Arbeit gestellt worden sind. Hinzu kommen noch die beschlossenen Mittel zur Verbesserung des technischen Apparates.

Die CDU/CSU wird ihren schweren Vorwurf, wonach angeblich "Berge von Meldungen" aus den Ländern an das BKA für die laufende Arbeit weitgehend ungenutzt bleiben, belegen müssen. Jedenfalls hat der Informationsbesuch des Bundestagsinnenausschusses Ende 1977 beim BKA deutlich gemacht, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität heute und in Zukunft nur mit Hilfe moderner Computersysteme möglich ist. Diese notwendige Einsicht sollte nicht als "Computergläubigkeit" verteufelt werden.

Das BKA wird offensichtlich auch von der Opposition als Zentralstelle für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen nicht infrage gestellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre legen jedoch nahe, dem BKA im Interesse eines ungehinderten Flusses der Informationen im Verbundsystem der elektronischen Datenverarbeitung stärkere Regelungsbefugnisse zu geben. Ob das Ziel besser über den Weg der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften mit Zustimmung des Bundesrates oder über das BKA-Gesetz zu erreichen ist, sollte kein Dogma sein. Entscheidend bleibt, daß endlich das Konzept für ein einheitliches Nachrichtenverbundsystem vorgelegt wird.

Die Erhaltung des verbandspolizeilichen Charakters des Bundesgrenzschutzes wäre im Gegensatz zu den Befürchtungen der Opposition sicher nicht in Gefahr, wenn der Personenschutz dem BGS übertragen werden würde. Das Pro und Kontra einer Zuordnung zum BGS oder zum BKA sollte pragmatisch erörtert werden. Bei der einen wie bei der anderen Regelung werden beide, BKA und BGS, aufeinanderbezogen und angewiesen bleiben.

In den Bemerkungen zur Führungsstruktur im Bundesinnenministerium macht es sich die Opposition mit den erhobenen pauschalen Vorwürfen sehr leicht, während die konkreten Vorschläge, wie man es künftig besser machen könnte, durchaus vage bleiben. Ein integriertes Führungsinstrument für alle Sicherheitsorgane des Bundesinnenministeriums, das jederzeit aktivierbar ist und dies auch immer wieder probt, wäre ohne Zweifel wichtig und nützlich. Man sollte dabei aber die Länderkomponente nicht übersehen, sondern in derartige "Planspiele" miteinbeziehen. Generell bleibt festzuhalten, daß die sachliche Diskussion der Oppositionsvorschläge um vieles leichter fiel, wenn dort auf kleinliche Polemik verzichtet worden wäre. Aber das gehört - wie gesagt - offensichtlich zum Ritual der Bundestagsopposition. (-/18.4.1978/hi/lo)

+ + +

Wer stört das Viermächte-Abkommen ?

Einige Klarstellungen zu DDR-Vorwürfen gegenüber der Bundesrepublik

Von Helmut Möring MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In der letzten Woche erschien im "Neuen Deutschland" ein bemerkenswerter Leitartikel mit der Überschrift "Störmanöver gegen das Vierseitige Abkommen über Westberlin". Es ist erforderlich, ihn in einigen Punkten zu korrigieren, weil er den Versuch unternimmt, die DDR zum Gesamtberliner Tugendwächter zu erheben.

Da ist zuerst der Vorwurf, "daß offenbar unter dem Druck bestimmter Kräfte in West-Berlin fortwährend Aktivitäten stattfinden, die darauf hinauslaufen, die geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen zu unterhöhlen und den Eindruck zu erwecken, als ob West-Berlin ein Bestandteil der BRD sei". Hierzu sei noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt, daß unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Westsektoren bisher kein Bestandteil (konstituiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin von ihr nicht regiert werden, die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aber nicht nur aufrechterhalten, sondern auch entwickelt werden.

Dies ist jedenfalls Verpflichtung und ein Recht zugleich, die durch die Erklärung der Regierungvertreter Frankreichs, Großbritanniens und den USA der Bundesrepublik Deutschland auferlegt wurde, und Herr Pjotr Abrassimow als Vertreter der UdSSR hat sie akzeptiert!

Wir kennen nun zur Genüge die sprachliche Rabulistik, diesen ersten Halbsatz des Teiles B der Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen, schlichtweg und systematisch im DDR-Sprachgebrauch zu "vergessen". Aber auch das "Neue Deutschland" muß sich sagen lassen, daß es genügend Bürger der Bundesrepublik Deutschland gibt, die einen genauen Wortlaut geschlossener Verträge lesen - und beachten können!

Dies gilt ebenfalls für den polemischen Hinweis, der Ältestenrat des Bundestages habe die Erhöhung der Anzahl der Ausschusssitzungen in West-Berlin beschlossen, und auch der Haushaltsausschuß und der Bundestagspräsident verstießen mit ihrer Berlin-Anwesenheit gegen das Abkommen.

Wer Anlage II, Absatz 2, genau liest, wird die Festlegung finden, daß der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundesrat und der Bun-

destag, einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen sowie sonstige staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin keine Verfassungs- oder Amtsakte vornehmen dürfen, wie sie in Absatz 1 definiert sind (Grundgesetzcharakter).

Dies wird von uns auch peinlich beachtet. Aber - gerade die Aufzählung aller dieser Organe verdeutlicht doch den Willen der Väter des Abkommens, klar zu sagen, wer in Berlin anwesend sein und tagen darf. Nicht also nur oberste Bundesorgane, sondern auch die der Länder! Was sollte sonst wohl unter "sonstige staatliche Organe der Bundesrepublik" zu verstehen sein?

Von einer ganz bestimmten Anzahl erlaubter Sitzungen ist nun allerdings an keiner Stelle des Abkommens oder der Folgevereinbarungen die Rede. Dieser Versuch der DDR, der Bundesrepublik Deutschland vorzuschreiben, in welcher Weise und durch wieviele Sitzungen sie ihrer Pflicht nachkommt, die Bindungen West-Berlins zu entwickeln, wirkt nicht nur kleinkariert, sondern lächerlich. Die verantwortlichen Redakteure des "Neuen Deutschland" täten künftig gut daran, sich nicht in die inneren Angelegenheiten West-Berlins und damit der allein zuständigen Schutzmächte einzumischen. Dazu hat allenfalls die UdSSR als verantwortliche Vierte Macht das Recht. Sie jedoch hat bisher weder Sinn noch Geist des gemeinsamen Abkommens angezweifelt oder gar fehlinterpretiert.

Und dies ist auch gut so. Denn der Geist des Abkommens besteht nicht in dem kleinkarierten Versuch, weitere Streitpunkte in Berlin zu provozieren, sondern in dem erklärten Willen, alle Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen und auf jede Gewalt zu verzichten. Dies sollte auch die DDR nicht aus den Augen verlieren, wenn sie gelegentlich meint, es sei mal wieder Zeit für eine etwas härtere Gangart. Zur "Beseitigung von Spannungen" und "Verhütung von Komplikationen" hat sie sicher andere Mittel und Möglichkeiten als durch solche unqualifizierten Kommentare.

Es wäre für alle Beteiligten sehr beruhigend, wenn die von der DDR zur Maxime erhobenen Grundsätze der "Friedlichen Koexistenz" ernsthaft auch gegenüber dem Status Berlins praktiziert würden. (-/18.4.1978/ks/lo)